

Hans-Wolfram Stein: Der Wettbewerb „Demokratisch Handeln“ in Bremen

Rede zum Senatsempfang 2007 für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Bremen

Liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Lehrerinnen und Lehrer,

sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Gäste!

Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu diesem Empfang, zu dem der Senat der Hansestadt Bremen Sie eingeladen hat. Ich selbst heiße Hans-Wolfram Stein und bin der Regionalberater des Bundeswettbewerbs Demokratisch Handeln, an dem Sie alle in diesem Jahr teilgenommen haben. Und für dieses Engagement will der Senat Ihnen mit diesem Empfang seine Anerkennung aussprechen.

Den Empfang gibt heute die neue Bürgermeisterin, Frau Linnert. Wir freuen uns darüber besonders, hat sie doch bereits als Fraktionschefin der Grünen Kontakt zu Projekten aus dem Wettbewerb „Demokratisch Handeln“ gehabt. Davon wird gleich noch die Rede sein.

Der Wechsel von einer Oppositionschefin zu einer Bürgermeisterin Linnert ist Ergebnis der Bürgerschaftswahlen vom 13. Mai und wir sind alle sehr gespannt darauf, wie sich der Regierungswechsel auf die Erziehung zum demokratischen Handeln im Lande Bremen auswirken wird. Immerhin ist im Bremer Schulgesetz die „Bereitschaft, politische und soziale Verantwortung zu übernehmen“ das erste Erziehungsziel. Die Wahl selbst hat gezeigt, dass da noch viel zu tun ist:

Die Wahlbeteiligung insgesamt ist gesunken, die der Erstwähler liegt bei 48% und die der 16- und 17-jährigen bei den Beiratswahlen lag nur bei 38 %. Oder muss man sagen: Immerhin bei 38 % ? Denn noch drei Wochen vor der Wahl wusste fast kein Bremer Schüler in dieser Altersgruppe, dass er das Wahlrecht hat. Erst dann fanden sich Berichte in den Medien und erst nach den Osterferien begann die Information an den Schulen, vor allem mit dem Projekt Juniorwahlen. An den Juniorwahlen nahmen über 8000 Bremer Schülerinnen und Schüler teil, eine bundesweit herausragende Beteiligung. Und die Wahlbeteiligung hier lag bei immerhin 85%, die Wahlergebnisse entsprachen den Ergebnissen bei der Bürgerschaftswahl, wenn man die Altersgruppe berücksichtigt. Es wurde also von Schule viel getan in Sachen Demokratievermittlung, aber angesichts der Wahlbeteiligung bei den Bürgerschaftswahlen offensichtlich noch nicht genug.

Es muss schon deshalb mehr getan werden, weil die neue rot-grüne Regierung in Sachen Demokratie, gerade bei der Beteiligung von jungen Menschen mehr Angebote und mehr Rechte verspricht: Im Koalitionsvertrag steht,

- dass bei den Beiräten auch die Kinder und die Jugendlichen verstärkt beteiligt werden sollen,
- dass die 16-17-jährigen nicht nur die Beiräte, sondern auch den Bürgermeister mitwählen sollen.
- der neue Senat befürwortet, das Wahlrecht für den Landtag auch auf 16 Jahre zu senken – das wäre das erste Mal in Deutschland
- und er befürwortet ein kommunales Wahlrecht für alle Ausländer ab 16 mit gefestigtem Aufenthaltsstatus. Die politische Partizipation, die Demokratie für junge Menschen soll also ausgeweitet werden.

Aber was ist das eigentlich, Demokratie? Zu Beginn der Politikerdiskussion auf der Lernstatt Demokratie in Jena vor vier Wochen stand die Moderatorin auf, ging in die erste Reihe, hielt einem Schüler das Mikro unter die Nase und stellte ihm völlig unvorbereitet genau diese Frage: Was ist das eigentlich für dich: Demokratie? Es traf einen Schüler aus Bremen, Sebastian, der jetzt auch hier ist. Er klappte überrascht die Kinnlade herunter und begann nachzudenken. Es dauerte etwas, seine Nachbarn wünschten sich alle mindestens fünf Reihen nach hinten und dann begann er zu reden. Ich hatte in der Situation jedenfalls genug Zeit zu überlegen, was ich auf eine

solche Frage antworten würde. Und da ist mir der Schriftsteller Max Frisch eingefallen. Der hat schlicht gesagt: „Demokratie heißt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einmischen“.

Demokratie hat also etwas mit den eigenen Angelegenheiten und Interessen zu tun, mit dem was ihr selbst erlebt, mit euren Wünschen und euren Vorstellungen. Demokratie muss man deshalb nicht nur lernen, jede Generation muss sie vielmehr erneut lernen und auch leben, also als Bestandteil der eigenen Lebenswelt erfahren. Das gilt nicht nur für die wenigen Jugendlichen, die in Parteien oder Bürgerinitiativen mitarbeiten, das gilt für alle Schüler, in allen Schulen, auch in der Grundschule. Demokratie lernen und leben fängt nicht in der 8. Klasse an, wenn man das erste Mal Gemeinschaftskundeunterricht hat. Es muss in der Grundschule beginnen und bis zur Berufsschule weiter gehen.

Das sieht man auf den ersten Blick, wenn man sich hier umschaute: Fangen wir mit den Theater- Musik- und Kulturprojekten an, die in Bremen häufig nicht nur gute, sondern auch politische Schulkultur produzieren:

- In „Walle ist cool“ haben sich die Grundschüler der Nordstraße mit ihrer eigenen Lebenswelt beschäftigt, mit Fragen der Integration bei unterschiedlicher Herkunft und sie haben so ihr Selbstwertgefühl gesteigert. Nur wer selbst davon überzeugt ist etwas Wert zu sein, wird sich auch öffentlich einmischen. Das haben die Kids angeleitet durch Angelika Hofner auch getan.
- Mit dem Thema Aids, insbesondere in Afrika haben sich zwei künstlerische Projekte beschäftigt: Tänzerisch die Gesamtschule Ost, mit dem Tanztheater Dance4Life, das sich gegen Krieg wendet und die Einnahmen Projekten in Afrika zur Verfügung stellt, musikalisch das Projekt „Make Love not Aids“ des SZ Bürgermeister Smidt in Bremerhaven. Anne Schmeckies und ihre Schüler sind gleich nach Kapstadt gefahren und haben ihr Musik- und Tanzprogramm auf den Schulhöfen etlicher Schulen präsentiert und gemeinsam mit den südafrikanischen Schüler Aids-Prävention geleistet. Da auch in Deutschland die Neuinfektionsrate steigt, haben sie ihr Programm in Bremerhaven weiter geführt: Einmischung in die eigenen Interessen.
- „ Kennst du Che?“ lautet der Titel der Musikproduktion der Schüler des SZ Rübekamp, in dem sie sich mit dem Leben dieses südamerikanischen Kämpfers gegen Unterdrückung und Unmenschlichkeit auseinander setzen. Sie arbeiten zusammen mit südamerikanischen Musikern und hatten sogar den kubanischen Botschafter in Bremen zu Gast. Bei der Nacht der Jugend im November 2006 war ihr Auftritt ein Highlight.

Viele Bremer Projekte wurden nicht zufällig bei der Nacht der Jugend präsentiert: Im Magdeburger Manifest zur Demokratieerziehung heißt es: „Die Erfahrung des menschenverachtenden Regimes des Nationalsozialismus zeigt, wie rasch die Demokratie in Staat und Gesellschaft zerstört werden kann. Das aktive Erinnern an diesen Zivilisationsbruch ist deshalb notwendiger Bestandteil demokratischer Erziehung“.

- Mit ihrem Stück „Die Jüdin, der Beamte und das Dorf“ leistet der Grundkurs Darstellendes Spiel des SZ Walliser Straße unter der Leitung von Holger Möller solche Erinnerungsarbeit. Sie bearbeiten das Überleben von Marianne Stern, einer Jüdin aus der Nähe von Grevenbroich und dort machten sie ihre eigenen Erfahrungen, als sie z.B. in einer Straßentheaterszene mit den Schildern Deportation und „Kauft nicht bei Juden“ durch die Fußgängerzone laufen.
- Auch außerhalb Bremens ist das Projekt des SZ Alwin-Lonke Straße mit Jugendlichen aus den Bauberufen aktiv. Organisiert durch das Projekt von Joachim Gries „Lernen und Arbeiten sie im ehemaligen KZ Sachsenhausen“, stellen sie ihre Arbeitskraft bei der Sanierung der Gedenkstätte zur Verfügung und lernen jedes Jahr wieder in einer Projektwoche über eigenes Tun die Schrecken der Nazidiktatur kennen.

- „Gesichter des Widerstands“ zeigen Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Horn und ihre Lehrerin Eva von Eitzen bei der Nacht der Jugend. Bürgermeister Böhrnsen findet unter den Bremer Widerstandskämpfern ein Portrait seines Vaters wieder und schreibt der Klasse. Die Gruppe zeigt, dass der Satz: „Da kann man nichts machen. Die da oben machen sowieso was sie wollen“ selbst während der Nazidiktatur nicht stimmte, erst recht gilt dies heute!
- Dass man sehr wohl etwas erreichen kann erfahren die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Obervieland, der Gesamtschule Ost, der SZ Walle und Walliser Straße. Sie setzen sich mit dem Thema Armut auseinander. Die Obervieländer erproben im Selbstversuch Obdachlosigkeit, schlafen unter der Weserbrücke und arbeiten in der Tasse; ihr Projekt heißt: „ask why?“ Gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern der GSO wollen sie „Armut sichtbar machen“ und beteiligen sich an der Aktion des deutschen Kinderschutzbundes im Herbst letzten Jahres: Für jedes Bremer Kind, das in Armut lebt, stecken sie ein blaues Fähnchen in die Wallanlagen. Die Wiese wechselte mit 24.000 Fähnchen die Farbe.
- „Kinderarmut wächst – Wir tun etwas“ lautet das Projekt der SZ Walle und Walliser Straße. Sie untersuchten die Regelsätze von Hartz IV für Kinder und traten bereits seit mehreren Jahren für einen Bremer Armuts- und Reichtumsbericht ein. Frau Linnert gab die Untersuchung der Schüler in einer Broschüre „Der Grünen“ heraus. Die Schülerinnen und Schüler diskutierten kurz vor der Wahl auch mit dem Senatspräsidenten. Und sie haben mit dazu beigetragen, wenn jetzt im Koalitionsvertrag
 - ein Armuts- und Reichtumsbericht für Bremen versprochen wird,
 - ein kostenloses Mittagessen in den Kitas für arme Kinder
 - und eine Bundesratsinitiative des Bremer Senats zur Anhebung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche.

Zum Thema Kinderarmut haben Schülerinnen und Schüler erfolgreich in große Politik eingegriffen.

- Ganz praktisch mit Armut und ökonomischer Unfairness haben sich die Schülerinnen und Schüler des SZ Alwin-Lonke-Straße und ihr Lehrer Thomas Blank auseinander gesetzt. Sie haben ihre eigene Schülerfirma ConHamBre gegründet und verkaufen fair gehandelte Schokoriegel aus Kakao von Genossenschaften der Dominikanischen Republik. Auch das Marketing und die Verpackung haben sie selbst entwickelt.
- Eine weitere Schülerfirma, die „School Company 4 Events“ des SZ Walliser Straße und ihr Lehrer Harry Beetz sind eine wichtige Stütze beim Marketing für die Nacht der Jugend. Ohne ihren Einsatz wäre der Anteil der Jugendlichen etwa aus Tenever bei dieser Veranstaltung im Rathaus bestimmt erheblich niedriger.
- Wie man seine eigenen Interessen praktisch umsetzt zeigen auch in Tenver Eduard Schütz und seine Jugendlichen. Sie haben ihren eigenen Kraftsportraum aufgebaut, holen die Kids von der Straße und sorgen dafür dass nicht nur die Muskeln stärker werden, sondern auch die Einmischung ins öffentliche Leben der Stadt. Vor allem aber findet hier die respektvolle Begegnung von Jugendlichen aus aller Welt statt, die alle im gleichen Ortsteil wohnen.
- Der Integration von Migranten widmet sich auch Irene Baumann und die Gruppe Ja von der Hermannsburg. Sie sind selbst Einwanderer, nicht zuletzt deshalb führen sie neuankommende Einwanderer mit ihrem Projekt „Bremen kennen lernen“ durch die Stadt und den Dschungel unseres städtischen Asphalts. Mit solcher Hilfe fällt Integration leichter.

- Stadtführer für Fremde erstellen können auch schon Grundschüler, zumindest an der Grundschule Burgdamm. Mit ihrer Lehrerin Christa Brokate-Golinski bringen sie mit dem Projekt „Ich führe dich durch meine Stadt“ den Schülerinnen und Schülern ihrer europäischen Partnerschulen unsere Stadt und unsere Demokratie nahe und lernen in gleicher Weise von ihren europäischen Partnern. Wissen, Toleranz und Verständigung auf europäischer Ebene sind anscheinend Dinge die noch viel stärker an den Schulen erfahrbar gemacht werden müssen. Ich hoffe jedenfalls auf die Dankeschreiben aus Berlin, Warschau und London an solche Europaschulen, wenn die EU-Regierungschefs demnächst vielleicht vor nachts um 4 Uhr in die Betten kommen.

Auch wenn es Schülerinnen und Schüler manchmal nervt: Lehrkräfte müssen hin und wieder redundant sein, das Richtige einprägsam wiederholen: „Demokratie heißt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen“. Dazu noch drei aktuelle Projektbeispiele:

- Unser aller Interesse ist es, an Schulen ohne Rassismus zu lernen und zu unterrichten. Viele von Euch kommen von Schulen, die sich dieses Zertifikat schon erarbeitet haben. Die Gruppen von der Gesamtschule Mitte und dem SZ Walle hatten eine sehr gute Idee: Wir brauchen nicht nur Schulen ohne Rassismus, wir brauchen auch ein Landesparlament ohne Rassismus. Sie sind also in die Bürgerschaft gegangen und haben dort Unterschriften gesammelt für das erste deutsche Landesparlament ohne Rassismus. Sie waren erfolgreich. Sogar Herr Tittman von der DVU hat unterschrieben. Vielleicht ist ihm ja insgeheim selbst peinlich, was er und seine Partei so an Rassismus und Ausländerfeindlichkeit von sich geben. Vielleicht hat er aber auch nur keinen Mut, vor engagierten jungen Demokraten zu seinen Auffassungen zu stehen. Aber wenn die Aktion dazu führt, dass sich in unserem Parlament Rassisten tarnen und bremsen müssen, dann kann man nur sagen: Bleibt am Ball.
- Unser aller Interesse ist es weiter, etwas gegen die Umweltzerstörung zu tun. Die Klimakatastrophe ist in aller Munde. Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Obervieland haben sich damit am Beispiel von Kathrina und der Katastrophe von New Orleans beschäftigt. Die hat einerseits alle getroffen, andererseits aber die Armen besonders heftig und nachhaltig. Das Projekt nennt sich: Die vermeidbare Katastrophe – und das sagt eigentlich alles. Sie haben es nicht bei New Orleans bewenden lassen und auch die Situation in Bremen untersucht und sie kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Unsere Deiche in Bremen stammen von 1959 und da war von Klimakatastrophe noch keine Rede. Sie müssen jetzt für viel Geld erhöht werden. Mehr Engagement gegen vermeidbare Katastrophen, das ist es, was uns die Schülerinnen und Schüler aus Obervieland vormachen.

Vor 10 Tagen waren Schülerinnen und Schüler aus Bremen auf Einladung des DGB-Bundesvorstands in Berlin und haben mit den Spitzen von Wirtschaft und Politik über die Situation auf dem Lehrstellenmarkt geredet. Franziska berichtete wie sie ein Jahr zuvor mit gutem Realschulabschluss 100 Bewerbungen für 20 verschiedene Berufe geschrieben hat – sie war also äußerst flexibel – und trotzdem keine Lehrstelle bekam. Um nicht auf der Straße zu sitzen hat sie die Höhere Handelsschule am SZ Walliser Straße besucht. Damit war sie in der offiziellen Statistik versorgt und für diese Bewerberrunde nicht mehr im Blick von Wirtschaft und Politik. Nur 42% der Bewerber haben im letzten Jahr die Berufseinmündung geschafft. Die Rede ist politisch aber nur von 4% der Bewerber, in Bremen etwa 200, die auch im Winter noch über das Arbeitsamt nach einer Lehrstelle suchten.

- Das Scheitern von fast jedem zweiten Lehrstellenbewerber bei der Einmündung in Berufsausbildung bewiesen in einem eigenständigen Forschungsprojekt Schülerinnen und Schüler des SZ Rübekamp, der SZ Walle und der Walliser Straße, der Gesamtschulen West und Mitte mit dem Titel: „Zukunft Warteschleife – Wir wollen mehr als Leerstellen“. Und wenn hier Leerstellen mit zwei E geschrieben wird, ist das kein Zeichen

von Rechtschreibschwäche, sondern von Stärke in der Auseinandersetzung mit statistischen Nebelwerfern, die die Lage schönreden. Ihr Projekt führte nicht nur nach Berlin, sondern auch zu einer Debatte mit der SPD-Fraktion in die Bürgerschaft und zu einer Anfrage an den Senat. Der Lakmустest bei der diesjährigen Wettbewerberrunde um Lehrstellen wird sein, ob der Pakt für Ausbildung in Bremen erstmalig das Wort Berufseinmündung in den Mund nimmt und diese Zahl veröffentlicht. Zumindest im Koalitionsvertrag taucht es im Abschnitt Berufsbildung schon auf: „Das Ziel aller Maßnahmen muss die Einmündung in Ausbildung sein“, heißt es dort auf Seite 78. Wie immer: Die 100 Schülerinnen und Schüler dieses Projekts haben sich in ihre eigenen Angelegenheiten eingemischt und zum politischen Diskurs in dieser wichtigen Frage Erhebliches geleistet.

Gut 1000 Schüler haben sich an all diesen Projekten aktiv beteiligt und bestimmt 2000 weitere haben sich auf Veranstaltungen dieser Projekte mit ihren Inhalten auseinander gesetzt. Wer sagt da noch, Schülerinnen und Schüler bewegen sich nicht, wenn es um Politik und demokratisch Handeln geht? Nix da – sie bewegen sich selbst, sie mischen sich ein und bewegen auch politisch etwas. Sie wollen ernst genommen werden und brauchen Raum. Bürgermeisterin Linnert wird uns jetzt sagen, wie sie zu Eurem Engagement steht.

Vielen Dank!